

FINANZWOCHEN

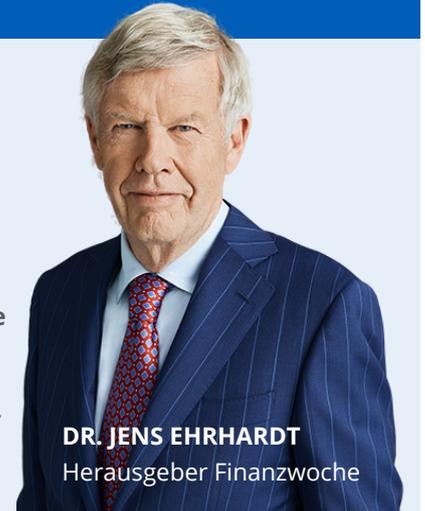
50
Jahre

INTERNATIONALE KONJUNKTUR- UND MARKTANALYSE SEIT 1974

KOMPAKT

ALLGEMEINER MARKTKOMMENTAR

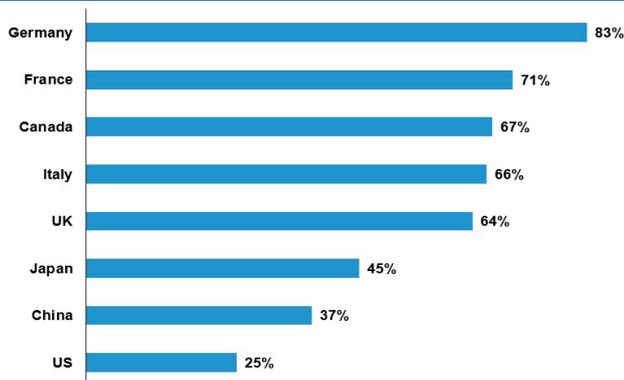
- ➔ Trump-Zölle (höher als in 30er Jahren, für China +125%) führen zu Börsensturz. Gesamtwert aller Aktien international deutlich unter Anfang 2022. NASDAQ fiel 25% in Euro, S&P 500 um ca. 9 Bio. \$ (= BIP Japan + Deutschland).
- ➔ EZB dürfte Zinsen am 17. April senken (bereits um 0,5%?) und weitere zwei Male bis Juli. Für die USA (wohl zwei Senkungen) wegen Zoll-Inflationsgefahr eine schwere FED-Entscheidung.
- ➔ US-Investmenthäuser senken Zielgröße für S&P 500 bis auf 4.500. Am Jahresanfang waren es 7.000. Markttechnik (Fear & Greed mit 3, hohe Umsätze und VIX fast 60) zwar gut, aber wohl noch nicht lang genug.
- ➔ Trump will hohe Zölle, schwachen Dollar und niedrige Zinsen. Das alles könnte zu internationaler Rezession, Aktienbaisse und Flucht aus dem Dollar führen. Nur schnelle US-Zinssenkung wäre (wahrscheinlich) ein Gegengewicht.



DR. JENS EHRHARDT
Herausgeber Finanzwoche

Es ist wie 1987! Nach schwachem Freitag folgte der Black Monday mit dem kompletten Absturz. Damals (gerade zwei Monate im Amt) reagierte Alan Greenspan mit massiver monetärer Erleichterung inkl. praktisch Quantitative Easing als massiver Rettungsschirm. Bei Corona reagierten alle Notenbanken global mit extremen Gegenmaßnahmen. Diesmal kann der US-Notenbankpräsident die Inflation, die in den USA durch die Zölle ausgelöst wird, nicht auch noch durch monetäre Stimulierung verschlimmern. Am meisten ist aber Deutschland betroffen. Das Land mit der unter den großen Ländern höchsten Exportquote leidet stark unter den Zöllen.

Durch den Euro wurde Deutschland extrem exportabhängig und verletzlich bzw. weniger stabil.



Quelle: World Bank

Stand: 04/25

Genau vor der heutigen Situation hatte der Herausgeber schon Mitte der 90er Jahre vor der Einführung des Euros gewarnt. Durch den Euro hat sich die deutsche Exportquote der Volkswirtschaft verdoppelt (siehe Chart), was Deutschland neben den anderen Nachteilen durch den Euro entsprechend verletzlich gemacht hat für globale Turbulenzen und in diesem Fall amerikanische Angriffe. Bedingt durch Deutschlands Globalisierungsorientierung (wurde nötig durch die Schwachwährung Euro) haben die USA keinem Land mehr geschadet als Deutschland.

Für Deutschland ist der amerikanische Zollangriff besonders zerstörend, nachdem die grün/linke Politik die Sachen Klima und Umverteilung in der EU die deutsche Wirtschaft schon in noch nie dagewesenem Maße belastet hatte. Die Wähler haben durch eine Mitte/Rechts-Stimmabgabe für eine Politikwende gestimmt und was jetzt passiert, ist noch schlimmer als unter der verheerenden Ampelregierung, die sich selbst (der Hohn könnte kaum größer sein) Fortschrittskoalition nannte. Die CDU hat durch ihren Handel mit den Links/Grünen (um die Kanzlerwahl zu sichern) nicht nur eine solide Finanzpolitik á la Bundesbank in eine ungebremste Schuldenpolitik getauscht, sondern auch noch den Klimaaberwitz in das Grundgesetz gebracht. Es sei zum x-ten Male hier wiederholt: Der deutsche Anteil an den globalen Emissionen ist so verschwindend niedrig, dass selbst eine Rückführung auf Null in keiner Weise

irgendeinen Klimaeinfluss hätte, weil allein China die Emissionen pro Jahr mehr vergrößert als die gesamten deutschen Emissionen, die laut Grundgesetz wegfallen sollen. Die Klimaselbsterstörung und die einseitige Wirtschaftsorientierung auf die USA (für die Kanzlerkandidat Merz steht) sind wohl die größten Politikfehler, die je gemacht worden sind. Und da wundert sich noch jemand, dass die einzige große Oppositionspartei inzwischen bei den Umfragen die meisten Stimmen erhält? Die Politik wird von Parteien gemacht, die sich für "demokratisch" halten, obwohl sie gegen die Interessen der Bevölkerung (Demos) gerichtet ist. Zuerst muss Deutschland aufhören – wie hier immer kritisiert – die selbst benötigten Billionenbeträge Richtung Klima, Krieg und EU zu verteilen. Deutschland muss eine Politik nach eigenem Interesse verfolgen.

Die überraschend hohen amerikanischen "reziproken" Zölle haben zu einem weltweiten historischen Börsenabsturz geführt. Tatsächlich konnte kein Börsenteilnehmer mit wirtschaftlicher Vorbildung ahnen, dass Trump derartig hohe und offensichtlich mechanisch von ChatGPT (also künstlicher Intelligenz) ausgesuchte Zölle weltweit (außer Russland und Nordkorea) verhängen würde. Macht Trump von seiner Zollaktion nicht sofort massive Rückzieher (was durch den damit verbundenen Gesichtsverlust unmöglich erscheint), steuert die Weltwirtschaft auf eine nicht zu unterschätzende globale Rezession zu.

Wie stark allein die globale Autoindustrie betroffen ist, zeigt die Tatsache, dass bisher die Aussicht bestand, dass gut 15 Mio. Autos in den USA in diesem Jahr verkauft werden, davon etwa acht Mio. importiert. Da die Zahl der Importautos dramatisch in sich zusammenschrumpfen wird und von den in den USA produzierten Autos ein Großteil der eingebauten Komponenten, die ebenfalls mit Zöllen belegt werden, vorher importiert werden müssen, kann man sich vorstellen, was auf die globale Autoindustrie, in Deutschland bekanntlich das Herzstück der Wirtschaft, zukommen wird.

Trumps Idee hinter den Zollerhöhungen ist der Wunsch nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit der USA bzw. vollständiger Eliminierung des bei über einer Bio. \$ liegenden Handelsbilanzdefizits. Würde es gelingen die zuvor im Ausland produzierten Güter tatsächlich in den USA zu produzieren und dies noch zu einem ähnlichen Preis der entsprechend nicht zu einem Nachfrageeinbruch wegen zu hohem Preis führen würde, könnte man der Trump'schen Zollidee viel wirtschaftlichen Sinn

abgewinnen. Tatsächlich aber würde eine Produktion in den USA für jedes Gut erheblich teurer und würde zu einem deutlichen Nachfrageeinbruch führen. Nehmen wir als Beispiel Apples iPhone. Die Produktion findet hier zu 85% in China und zu 15% in Indien statt. Die Auslandsproduktion kostet etwa 1.000\$ pro Stück, während eine Produktion in den USA wahrscheinlich ca. 3.500\$ pro Stück kosten würde. Wer trotzdem solche teuren Geräte kauft, kann dann zwangsläufig weniger für andere Konsumgüter mit seinem verfügbaren Einkommen erwerben. Dies drückt also den US-Konsum erheblich. Der US-Lebensstandard und die US-Konjunktur fallen dann deutlich zurück.

Die FINANZWOCHE Kompakt gibt einen Einblick in die ersten Seiten der FINANZWOCHE. Weitere Informationen finden Sie unter www.finanzwoche.de.

IMPRESSUM

Die FINANZWOCHEN erscheint bei der FINANZWOCHEN Verlags-Gesellschaft für Anlageinformation mbH. Anschrift: Pullacher Straße 24, D-82049 Pullach, Tel. 089/5203770, Internet: www.finanzwoche.de, E-Mail: info@finanzwoche.de. Geschäftsführer: Dr. Jens Ehrhardt. Handelsregistergericht: HRB 54227. Ust-ID: 129346832

Erscheinungsweise: 14-tägig (unter Vorbehalt des Verlags). Der Verlag unterwirft sich den journalistischen Verhaltensgrundsätzen und Empfehlungen des Deutschen Presserates zur Wirtschafts- und Finanzmarktberichterstattung. Urheberrecht: Kein Teil der FINANZWOCHEN darf (auch nicht auszugsweise) ohne unsere ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung reproduziert werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verlag. Erfüllungsort und Gerichtsstand: München. Allgemeiner Hinweis: Wir machen Sie vorsorglich darauf aufmerksam, dass die in der Finanzwoche enthaltenen Finanzanalysen eine individuelle Anlageberatung durch Ihren Anlageberater oder Vermögensberater nicht ersetzen können. Den Artikeln, Empfehlungen, Charts und Tabellen liegen Informationen zugrunde, die die Redaktion für zuverlässig hält. Eine Garantie für die Richtigkeit kann die Redaktion jedoch nicht übernehmen. Jeder Haftungsanspruch, insbesondere für Vermögensschäden, die aus Heranziehung der Ausführungen in der Finanzwoche resultieren, wird daher abgelehnt. Risiko-Hinweis: Jedes Finanzinstrument ist mit Risiken behaftet. Im schlimmsten Fall droht ein Totalverlust. Alle Angaben stammen aus Quellen, die die Redaktion für vertrauenswürdig hält ohne eine Garantie für die Richtigkeit übernehmen zu können. Die redaktionellen Inhalte stellen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar, sondern geben lediglich die Meinung der Redaktion wieder.